

Nummer 15

12. April 1972

Inhalt

INFORMATION:

Vertrag über das Verbot der Anwendung bakteriologischer Kampfmittel
unterzeichnet

-Präsident Nixon würdigt Bedeutung des Abkommens-

DOKUMENTATION:

Die Einstellung der Bombardierung Nordvietnams 1968 und die Warnungen
der USA

-Zusammenstellung von Erklärungen maßgebender US-Politiker-

WIRTSCHAFT:

Der amerikanische Dollar 1972

Von Dorothy Crook

Erweiterung des Gemeinsamen Marktes erschwert US-Getreideexporte

Von Sam W. Morris

WISSENSCHAFT UND TECHNIK:

APOLLO-Nachrichten

15/1972

VERTRAG ÜBER DAS VERBOT DER ANWENDUNG BAKTERIOLOGISCHER KAMPF-
MITTEL UNTERZEICHNET

-Präsident Nixon würdigt Bedeutung des Abkommens-

WASHINGTON --(AD)-- Im Beisein von Präsident Nixon sowie von mehr als 70 diplomatischen Missionschefs ist am 10. April in Washington der Vertrag über ein Verbot der Anwendung bakteriologischer Kampfmittel unterzeichnet worden. Gleichzeitig lag diese Konvention in London und Moskau zur Unterschrift aus.

Der 15 Artikel umfassende Vertrag tritt in Kraft, wenn er von 22 Nationen, darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion, ratifiziert worden ist. In Washington unterzeichneten Vertreter von über 70 Ländern das Abkommen, das den offiziellen Titel trägt: "Der Vertrag über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung und der Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und über deren Vernichtung". Die Konvention war 1971 auf der Genfer Abrüstungskonferenz ausgehandelt und mit überwältigender Mehrheit von der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Unterschrift empfohlen worden.

In einer kurzen Ansprache würdigte Präsident Nixon die Bedeutung dieses Abkommens, wobei er erklärte, daß jede Großmacht den Grundsatz verfolgen müsse, weder direkt noch indirekt irgendeine andere Nation zur Anwendung von Gewalt zu ermutigen.

In New York forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, alle Länder auf, diesen neuen Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Er bezeichnete das Abkommen als eine bedeutende Leistung auf dem Gebiet der Abrüstung.

Präsident Nixon führte in seiner Ansprache unter anderem aus:

".... Der sowjetische Botschafter hat (in seiner Ansprache) auf die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen hingewiesen. Wir arbeiten auf dieses Ziel hin - auf ein Ziel, das, wie der Botschafter gesagt hat, nicht nur den Interessen des Friedens zwischen unseren beiden Ländern, sondern auch den Interessen des Friedens der gesamten Welt dienen wird.

Wenn wir jedoch auf diese verschiedenen Abkommen blicken, dann müssen wir uns darüber klar sein, wieviel sie bedeuten, und was immer noch getan werden muß, damit wir unser Endziel erreichen. Was diese Abkommen anbetrifft, so sind sie grundsätzlich kein Selbstzweck. Sie begrenzen die Rüstungen, aber sie bedeuten noch nicht das Ende des Krieges. Sie sind Mittel zur Erreichung eines Zieles, und dieses Ziel ist der Friede.

Das Abkommen, das hier heute unterzeichnet wird, hat eine sehr große Bedeutung. Es bedeutet, daß alle Wissenschaftler der Welt - eine wahrhaft weltweite Gemeinschaft - ungeachtet ihrer Sprache, ihrer Rasse und ihrer Herkunft nunmehr ihre ganze Energie auf den Kampf gegen den Feind der gesamten Menschheit, nämlich die Krankheit, richten können, statt an der Entwicklung biologischer Waffen zu arbeiten, die die eine Nation gegen die andere einsetzen könnte.

Aus diesem Grunde ist dieses Abkommen von so enormer Bedeutung für alle diejenigen, die seine Entstehung mitverfolgt haben. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß diese Abkommen nur ein Mittel zur Erreichung eines Zieles sind; wir müssen uns ebenfalls darüber im klaren sein, daß mehr getan werden muß, um unser Ziel zu verwirklichen: nicht nur die Begrenzung der Rüstungen, sondern die Beendigung der Kriegsdrohung, die über der Welt schwebt.

Was

Was dieses Ziel anbetrifft, so sehen wir es als Aufgabe an, daß jedes Land der Welt auf die Anwendung von Gewalt, auf die Anwendung der Aggression gegen andere Nationen verzichten muß. Wir müssen uns ferner über eine weitere Aufgabe im klaren sein, nämlich, daß eine große Verantwortung insbesondere auf den Großmächten ruht, daß jede Großmacht den Grundsatz verfolgen muß, weder direkt noch indirekt irgendeine andere Nation zu ermutigen, Gewalt oder bewaffnete Aggression gegen einen ihrer Nachbarn anzuwenden.

Dies sind die großen Prinzipien, die wir letztlich verwirklichen müssen, wenn wir wirklich eine Welt des Friedens haben wollen, und ich bin überzeugt, daß jeder von uns auf diese großen Prinzipien hinarbeiten wird, wo wir heute diesen Schritt ergreifen."

In Washington wurde der Vertrag von den Vertretern folgender Länder unterzeichnet:

Afghanistan, Äthiopien, Australien, Belgien, Bolivien, Botswana, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Burma, Burundi, Ceylon, Chile, Costa Rica, Dahome, Dominikanische Republik, El Salvador, Finnland, Ghana, Großbritannien, Haiti, Honduras, Iran, Irland, Island, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Kolumbien, Laos, Lesotho, Libanon, Liberia, Malawi, Mali, Malaysia, Mauritius, Mexiko, Mongolische Volksrepublik, Nepal, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Peru, Philippinen, Polen, Republik China, Republik Korea, Republik Vietnam, Rumänien, Rwanda, Schweiz, Senegal, Sowjetunion, Spanien, Südafrika, Togo, Tschechoslowakei, Türkei, Tunesien, Ungarn, Venezuela, Vereinigte Staaten, Yemen, Zaire, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

+++++

15/1972

DIE EINSTELLUNG DER BOMBARDIERUNG NORDVIETNAMS 1968 UND
DIE WARNUNGEN DER USA
-Zusammenstellung von Erklärungen maßgebender US-Politiker-

WASHINGTON --(AD)-- Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige nordvietna-
mesische Invasion Südvietnams über die entmilitarisierte Zone zwischen den
beiden Ländern eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Verständigung
ist, die am 31. Oktober 1968 zu der Einstellung der amerikanischen Bomben-
angriffe auf den Norden führte, dürften die nachfolgenden Auszüge aus Erklä-
rungen maßgebender amerikanischer Politiker ein klares Bild über die seitheri-
gen Entwicklungen und die ständigen Bemühungen der USA um den Frieden geben.

Rede Präsident Johnsons an das amerikanische Volk vom 31. Oktober 1968

"Am letzten Sonntagabend und während des Montag erhielten wir dann die
Bestätigung der grundlegenden Verständigung, um die wir uns bei den Nordvietna-
mesen seit einiger Zeit hinsichtlich der entscheidenden Fragen bemüht hatten.
Ich verbrachte den größten Teil des Dienstag damit, jede Einzelheit dieser
Angelegenheit mit dem Kommandeur unserer Truppen in Vietnam zu erörtern, mit
General Abrams..... Als Ergebnis all dieser Entwicklungen habe ich nunmehr
angeordnet, daß alle Bombardierungen Nordvietnams aus der Luft, von See her
und durch Artillerie ab Freitagmorgen 0800 Uhr Washingtoner Zeit (1400 Uhr
deutscher Zeit) eingestellt werden.... Was wir nunmehr erwarten - und was wir

wir mit Recht erwarten können - sind sofortige, produktive, ernsthafte und intensive Verhandlungen in einer Atmosphäre, die zum Fortschritt beiträgt. Wir haben das Stadium erreicht, wo produktive Gespräche beginnen können. Wir haben der anderen Seite klargemacht, daß solche Gespräche nicht andauern können, wenn sie daraus militärischen Vorteil zieht. Es kann keine produktiven Gespräche in einer Atmosphäre geben, wo die Städte beschossen und die entmilitarisierte Zone mißbraucht wird.

Ich glaube, ich sollte Sie, meine amerikanischen Mitbürger, warnen, daß Arrangements dieser Art niemals hundertprozentig sicher sind. Auch formelle Verträge sind niemals hundertprozentig sicher, wie die Erfahrung uns gelehrt hat... Wir könnten irreführt worden sein - und wir sind auch auf einen solchen Fall vorbereitet. Wir beten zu Gott, daß dieser Fall nicht eintritt."

Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Dean Rusk vom 1. November 1968

"Frage: Herr Außenminister, welche direkten Zusicherungen, wenn überhaupt, haben die Vereinigten Staaten, daß Nordvietnam keine Eskalation des Krieges betreiben oder die entmilitarisierte Zone verletzen und unsere Truppen in Gefahr bringen wird?

Antwort: Nordvietnam weiß genau, was von ihm in dieser Situation verlangt wird. Sie wissen, was wir in Bezug auf die Gespräche erwarten, und sie wissen, was wir in Bezug auf die Gegebenheiten erwarten, unter denen ernsthafte Gespräche vorankommen können. Sie wissen, daß wir für die Sicherheit unserer eigenen und die unserer verbündeten Kampfgruppen sorgen werden. Es gibt kein Mißverständnis in dieser Beziehung. Die Situation ist für sie ganz klar, und auch nach unserer Ansicht. Ich kann die genauen Einzelheiten nicht darlegen, aber die kommenden Tage und Wochen, so glaube ich, werden zeigen, worum es geht.

Frage: Herr Außenminister, dies ist möglicherweise die gleiche Frage, aber Sie sagten in Ihrer Erklärung, daß wir - abgesehen davon, was dritte uns gesagt haben - unsere eigenen Gründe für die Annahme haben, daß unsere Maßnahme

Maßnahme einen konstruktiven Schritt darstellt. Können Sie uns irgendwelche Hinweise dafür geben, warum wir dies für einen konstruktiven Schritt halten?

Antwort: Ich glaube, wir haben Ihnen gegenüber angedeutet, daß sich die Dinge über das Wochenende in einer solchen Weise zu entwickeln begannen, daß wir guten Grund für die Annahme hatten, daß es im Falle der Einstellung der Bombardierung ernsthafte Gespräche geben würde, an denen die Regierung Südvietnams teilnehmen würde, und daß diese Gespräche unter förderlichen Bedingungen voranschreiten könnten - das heißt, unter Bedingungen an der Front, was die tatsächliche Situation im Kampfgebiet anbetrifft.

Jetzt hat der Präsident gestern abend gesagt, daß die Dinge auch verkehrt verlaufen können. Er hat erklärt, selbst formelle Verträge sind niemals hundertprozentig. Wir könnten also enttäuscht werden, aber es gibt keinen Zweifel nicht nur über unsere Erwartungen, sondern auch darüber, daß die andere Seite unsere Erwartungen kennt.

Frage: Wir gehen also von mehr als nur einer Annahme aus?

Antwort: Wir gehen von mehr als einer reinen Annahme aus."

Interview des Staatssekretärs für die US-Luftstreitkräfte, Dr. Harold Brown, mit der National Broadcasting Company (NBC) vom 4. November 1968

"Die Stabschefs der US-Streitkräfte haben dem Präsidenten ihre Empfehlungen vorgelegt und ihm gegenüber erklärt, daß dies ein durchaus akzeptables militärisches Risiko ist und daß dieser Schritt ihres Erachtens zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Hinblick auf die militärische Lage, die Verbesserung der militärischen Lage und die Tatsache unternommen werden sollte, daß wir weiterhin Aufklärungsflüge durchführen werden und daß General Abrams ermächtigt ist, bei jeder Gefährdung seiner Truppen Gegenmaßnahmen zu ergreifen."

Pressekonferenz

Pressekonferenz von Verteidigungsminister Clark Clifford vom 12. November 1968

"Frage: Würden Sie zu den von mehreren Journalisten erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen, daß die Regierung schon vor dem Bombardierungsstopp und der Bekanntgabe der grundlegenden Verständigung am 31. Oktober wußte, daß die südvietnamesische Regierung sich nicht an den Gesprächen in Paris beteiligen würde, und würden Sie uns sagen, ob die südvietnamesische Regierung sich unseren Diplomaten gegenüber unhöflich verhalten hat?"

Antwort: Saigon war über die anderen Vereinbarungen, auf die wir hinarbeiteten, voll unterrichtet - also über die grundlegende Verständigung bezüglich der entmilitarisierten Zone und die Verständigung in Bezug auf die Städte. Wir führten lange Gespräche bezüglich der Aufklärung. Sie wurden voll auf dem laufenden gehalten."

Interview des amerikanischen Verteidigungsministers Clark Clifford mit der Amerikanischen Broadcasting Company (ABC) vom 24. November 1968

"Frage: Herr Minister, die Nordvietnamesen behaupten, wir verletzten die grundlegende Verständigung, weil wir unsere Aufklärungsflüge fortsetzten. Haben wir die Absicht, diese Flüge einzustellen?"

Antwort: Nein. Es ist für den Präsidenten äußerst wichtig zu wissen, was in Nordvietnam vorgeht. Wenn es dort irgendeine ungewöhnliche Massierung gibt, sei es an Truppen oder an Kriegsmaterial, so muß er sofort davon unterrichtet sein. In den Pariser Verhandlungen ist in all diesen Monaten den Vertretern Nordvietnams klar gemacht worden, daß wir die Aufklärungsflüge fortsetzen werden. Wir tun dies Tag für Tag, die ganze Zeit schon. Wir verfolgen sehr genau, was vor sich geht, da wir, falls es zu irgendwelchen Entwicklungen kommt, die die Gefahr für unsere Truppen erhöhen, möglicherweise Maßnahmen ergreifen müssen.

Wenn

Wenn Hanoi seinen guten Willen beweisen will, indem es die Voraussetzungen für diese Gespräche erfüllt, und sich an die grundlegende Verständigung hält, dann ist er (der Präsident) bereit, voranzugehen. Wenn sie uns irgendwann zeigen, daß es ihnen nicht ernst ist und daß sie nicht guten Willens vorangehen, so zweifle ich nicht im geringsten daran, daß der Präsident zu unserer früheren Konzeption zurückkehren muß, und das bedeutet, den Gegner unter Druck zu halten, und das würde notfalls auch Bombardierungen einschließen."

Presseunterrichtung durch den amerikanischen Chefdelegierten bei den Pariser Vietnam-Gesprächen, W. Averall Harriman, vom 4. Dezember 1968 im Weißen Haus

"Die grundlegende Verständigung war insofern ganz eindeutig, daß wir klar-gestellt hatten, daß ernsthafte Gespräche und genauso wenig auch der Bombar-dierungsstopp nicht fort dauern können, wenn sie nicht die entmilitarisierte Zone respektierten und die wahllose Bombardierung der großen Städte unterließen."

-Präsident Nixons Warnungen an Hanoi bezüglich des Einsatzes amerikanischer Luftstreitkräfte-

Pressekonferenz vom 4. März 1969

Frage: Herr Präsident, die kommunistische Offensive in Vietnam hat Speku-lationen ausgelöst, die besagen, daß Ihre Regierung getestet werden soll, be-sonders in Bezug auf die grundlegende Verständigung vom 1. November vergangenen Jahres, die zur Einstellung der Bombardierungen führte. Würden Sie uns dazu Ihre Meinung sagen?

Antwort: Wenn wir von der kommunistischen Offensive reden, so ist es meiner Ansicht nach wichtig, zunächst zu analysieren, was diese Offensive bedeutet und welches ihre Ziele sind im Vergleich zu der Offensive vom vergangenen

vergangenen Jahr. Dann müssen wir überlegen, was diese Offensive in Bezug auf eine Verletzung der grundlegenden Verständigung zur Zeit des Bombenstopps bedeutet... Diese Absprache lief darauf hinaus, daß ein weiterer Beschuß oder weitere Angriffe auf die Städte, die großen Städte in Südvietnam, nicht mit produktiven Friedensgesprächen in Paris zu vereinbaren sein würden. Wir prüfen diese spezielle Offensive - und wir prüfen sie sehr sorgfältig - daraufhin, ob ihr Ausmaß eine Verletzung dieser grundlegenden Verständigung darstellt. In technischer Hinsicht könnte man sie als eine Verletzung bezeichnen. Ob wir jedoch zu dem Schluß kommen, daß diese Verletzung so erheblich ist, daß sie Maßnahmen unsererseits erfordert, das ist eine Entscheidung, die wir sehr bald treffen werden, wenn diese Angriffe in ihrem gegenwärtigen Umfang andauern.....

Ein anderer Aspekt sollte noch erwähnt werden: Ich möchte mit dieser Analyse nicht den Ernst dieser Angriffe herabsetzen, denn die amerikanischen Verluste haben sich, wie ich festgestellt habe, während dieser Angriffe verdoppelt. Daher ist es notwendig, daß der amerikanische Präsident bei der Bewertung dieser Angriffe diese grundlegende Verständigung nicht nur im Zusammenhang mit den Angriffen auf die Städte, sondern auch im Zusammenhang mit seiner Pflicht sieht, die in Vietnam kämpfenden amerikanischen Soldaten zu schützen.

Wir haben nicht überstürzt gehandelt, aber die Tatsache, daß wir Geduld und Nachsicht üben, sollte auch nicht als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Wir werden die fortgesetzte Verletzung einer Absprache nicht dulden. Darüber hinaus werden wir aber auch keine Angriffe hinnehmen, die zu höheren Verlusten unter unseren Soldaten zu einer Zeit führen, da wir uns aufrichtig darum bemühen, am Konferenztisch in Paris Frieden zu schaffen. Falls diese Angriffe fort dauern, wird eine entsprechende Erwiderung erfolgen.....

Frage: Herr Präsident, würde von Ihnen eine angemessene Reaktion in Betracht gezogen, falls die Angriffe in Südvietnam anhalten? Würde eine solche angemessene Reaktion die Wiederaufnahme der Bombardierungen des Nordens einschließen?

Antwort:

Antwort: Um die Frage zu beantworten, möchte ich nur sagen, die Vereinigten Staaten besitzen eine Reihe von Möglichkeiten, um zu reagieren. Es existieren verschiedene Eventualpläne, die in die Tat umgesetzt werden können. Alle diese Pläne werden von mir geprüft. Wir werden uns des Planes bedienen, der unserer Meinung nach den Aktionen der anderen Seite angemessen ist. Ich werde nicht vorzeitig andeuten, ich werde nicht öffentlich bekanntgeben und ich werde nicht drohen - das würde uns meiner Ansicht nach nicht helfen - daß wir den Norden bombardieren oder etwas anderes unternehmen werden."

Pressekonferenz vom 14. März 1969

"Der Präsident: Es wird meine Politik als Präsident sein, nur einmal eine Warnung auszusprechen, und ich will sie jetzt nicht wiederholen. Alles, was in der Zukunft getan werden muß, wird getan werden. Es wird keine weitere Warnung mehr geben... Wir haben eine Warnung erteilt. Wir werden nicht noch einmal eine Warnung aussprechen. Wenn wir zu dem Schluß kommen, daß die Verlustziffer höher ist, als wir sie hinnehmen können, dann werden Maßnahmen folgen."

Fernsehansprache zur Vietnam-Politik vom 3. November 1969

"Sollten das Ausmaß der Infiltration oder unsere Verluste zunehmen, während wir uns um eine Reduzierung der Kampfhandlungen bemühen, so wird dies die Folge einer bewußt getroffenen Entscheidung des Gegners sein.

Hanoi könnte keinen größeren Fehler begehen, als anzunehmen, daß eine Zunahme der Gewalttätigkeit zu seinem eigenen Vorteil gereichen würde. Wenn ich zu dem Schluß kommen sollte, daß verstärkte gegnerische Aktionen unsere in Vietnam verbleibenden Truppen gefährden, dann werde ich nicht zögern, nachdrückliche und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Situation zu begegnen.

Dies ist keine Drohung. Dies ist eine politische Erklärung, die ich als Oberbefehlshaber unserer Streitkräfte abgebe, um meiner Pflicht nachzukommen, die amerikanischen Soldaten, wo immer sie stehen, zu schützen."

Fernsehansprache

Fernsehansprache vom 15. Dezember 1969

"Ich habe jedoch immer gesagt, daß wir Risiken für den Frieden auf uns nehmen müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Führer in Hanoi daran erinnern, daß sie ebenfalls ein Risiko eingehen, wenn die Infiltration und das Ausmaß der Feindtätigkeit anwachsen, während wir unsere Streitkräfte reduzieren. Ich wiederhole die Erklärung, die ich in meiner Rede vom 3. November gemacht habe:

Hanoi könnte keinen größeren Fehler begehen, als anzunehmen, daß eine Zunahme der Gewalttätigkeit zu seinem eigenen Vorteil gereichen würde. Wenn ich zu dem Schluß kommen sollte, daß verstärkte gegnerische Aktionen unsere in Vietnam verbleibenden Truppen gefährden, dann werde ich nicht zögern, nachdrückliche und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Situation zu begegnen."

Pressekonferenz vom 30. Januar 1970

"Wir beobachten weiterhin die Situation und wir werden darauf vorbereitet sein, entsprechend zu handeln. Ich möchte jedoch alle, und besonders den Gegner, an das erinnern, was ich am 3. November gesagt und am 15. November wiederholt habe. Wenn wir in einer Zeit, in der wir versuchen, die Kämpfe in Vietnam zu deeskalieren, feststellen, daß der Gegner aus unserem Truppenabzug Vorteil zieht, um durch eine Eskalation der Kämpfe unsere verbleibenden Truppen zu gefährden, dann verfügen wir über die Mittel - und ich werde bereit sein, von diesen Mitteln Gebrauch zu machen -, um entsprechend dieser Situation nachdrücklich zu handeln - nachdrücklicher, als wir dies in der Vergangenheit getan haben."

Fernsehansprache vom 20. April 1970

"Ich möchte jedoch die Führer Nordvietnams erneut daran erinnern, daß sie ein ernstes Risiko eingehen, falls sie versuchen sollten, die Gelegenheit zu benutzen, um die Sicherheit unserer verbleibenden Streitkräfte in Vietnam durch

durch verstärkte militärische Tätigkeit in Vietnam, in Kambodscha oder in Laos zu gefährden, während wir diese Risiken für den Frieden auf uns nehmen.

Ich wiederhole, was ich am 3. November und am 15. Dezember erklärt habe. Wenn ich zu dem Schluß komme, daß eine verstärkte Feindtätigkeit unsere verbleibenden Streitkräfte in Vietnam gefährdet, dann werde ich nicht zögern, harte und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um mit dieser Situation fertig zu werden."

Fernsehansprache vom 30. April 1970

"In meinem Vietnam-Bericht an die Nation vor zehn Tagen gab ich die Entscheidung bekannt, im Laufe der nächsten 12 Monate weitere 150 000 amerikanische Soldaten abzuziehen. Ich sagte damals, daß ich diese Entscheidung trotz unserer Sorge über die zunehmende Feindtätigkeit in Laos, Kambodscha und Südvietsnam träge.

Ich warnte damals, daß ich nicht zögern würde, feste und wirksame Maßnahmen zu treffen, wenn ich zu dem Schluß käme, daß die erhöhte Feindtätigkeit in einem dieser Gebiete das Leben der in Vietnam verbleibenden Amerikaner gefährden würde.

Trotz dieser Warnung hat Nordvietnam seine militärische Aggression in allen drei Gebieten - vor allem in Kambodscha - verstärkt."

Pressekonferenz vom 8. Mai 1970

"Ich will keine Spekulationen darüber anstellen, was die Nordvietnamesen möglicherweise tun. Ich will lediglich sagen, daß ich es, wenn die Nordvietnamesen das tun, was sie nach Meinung einiger Leute tun könnten, nämlich mit massierten Kräften von 250 000 oder 300 000 Mann über die entmilitarisierte Zone hinweg gegen unsere dort stehenden Marinekorpseinheiten anzutreten,

anzutreten, sicherlich nicht zulassen würde, daß unsere Männer dort niedergemetzelt werden, ohne stärkere und wirksamere Kräfte gegen Nordvietnam einzusetzen.

Ich glaube, daß wir die Führer Nordvietnams in dieser Hinsicht mehrfach gewarnt haben. Und weil wir sie gewarnt haben, glaube ich nicht, daß sie über die entmilitarisierte Zone vorrücken werden."

Fernsehinterview vom 1. Juli 1970

"Um nun auf Ihre Frage zurückzukommen - wenn Sie zunächst einmal von Eskalation sprechen, so planen wir nicht, erneut nach Kambodscha vorzustoßen. Wir planen jedoch - und ich werde diese Macht einsetzen, ich werde sie soweit notwendig einsetzen - , durch die Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten den Nachschub von Menschen und Material, den ich als gegen Südvietnam gerichtet erachte, zu unterbinden. Das ist Teil meiner Aufgabe des Schutzes amerikanischer Soldaten.

Nun wollen wir einmal die anderen Möglichkeiten einer Eskalation betrachten. Zum Beispiel haben wir, wie Sie wissen, die Bombardierung im Norden eingestellt. Und wie Sie auch wissen, war einer der Punkte der sogenannten Absprachen zu dem Zeitpunkt, als wir die Bombardierung einstellten, der, daß amerikanische Aufklärungsflüge über Nordvietnam stattfinden könnten, um festzustellen, ob der Gegner einen neuen Angriff plane. Und diese Aufklärungsflüge sollten keinen Angriffen ausgesetzt sein.

Jetzt wird von den Nordvietnamesen ständig auf diese Flugzeuge geschossen. Ich habe darum, als wir am 30. April mit unserer Operation begannen, einige Angriffe auf Stellungen in Nordvietnam angeordnet, von denen aus unsere Flugzeuge beschossen wurden.

Sollten diese Angriffe sich wiederholen, werde ich natürlich unsere Luftmacht auf die nordvietnamesischen Stellungen ansetzen, von denen aus unsere Flugzeuge angegriffen werden. Dies ist meine Pflicht, um die amerikanischen Soldaten, unsere jungen Männer, zu verteidigen, wenn sie angegriffen werden."

Pressekonferenz

Pressekonferenz vom 10. Dezember 1970

"Wenn unsere Flugzeuge beschossen werden, dann werde ich nicht nur anordnen, daß sie das Feuer erwidern, sondern ich werde auch anordnen, daß die Raketenstellung zerstört wird und daß der militärische Komplex um diese Stellung herum ebenfalls durch Bomben zerstört wird.

Darüber hinaus gibt es eine weitere grundlegende Verständigung hinsichtlich der Bombenangriffe auf Nordvietnam. Auf einer Reihe von Pressekonferenzen sowie in meiner Rede vom 3. November und in vier Fernsehansprachen an das amerikanische Volk habe ich dies erklärt, und ich erkläre es heute abend erneut: zu einer Zeit, da wir uns aus Südvietnam zurückziehen, ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten als Oberbefehlshaber die Maßnahmen ergreift, die zum Schutze unserer verbleibenden Truppen notwendig sind, weil die Zahl unserer Erdkampftruppen beständig zurückgeht.

Sollte ich zu dem Schluß kommen, daß die Nordvietnamesen durch ihre Infiltration unsere verbleibenden Truppen gefährden, sollten sie dadurch eine bestimmte Kapazität gewinnen und darangehen, diese Kapazität möglicherweise einzusetzen, um die Kampfhandlungen in Südvietnam zu verstärken, dann werde ich die Bombardierung militärischer Anlagen in Nordvietnam, der Pässe, die von Nordvietnam nach Südvietnam führen, der militärischen Komplexe und der militärischen Nachschublinien anordnen. Das wird die Reaktion sein, die dann von mir erfolgt."

Fernsehinterview vom 4. Januar 1971

"Ich hege nicht den Wunsch, die Bombardierung von Nordvietnam wieder aufzunehmen. Wir wollen nicht zu der Bombardierung der strategischen Ziele in Nordvietnam zurückkehren, ja wir wollen nicht einmal militärische Ziele bombardieren, wenn es nicht notwendig wird - und das ist der entscheidende Faktor -, um amerikanische Truppen zu schützen.

Was

Was nun die grundlegende Verständigung anbetrifft, so wollen wir diese einmal näher untersuchen.

Erstens, es gab eine grundlegende Verständigung. Präsident Johnson hat dies gesagt, Dean Rusk hat dies gesagt, Clark Clifford hat dies gesagt und Harriman hat dies gesagt. Es bestand eine grundlegende Verständigung, daß nach Einstellung der Bombardierung unbewaffnete Aufklärungsflugzeuge über Nordvietnam fliegen könnten, ohne angegriffen zu werden. Wir mußten darauf bestehen, denn sonst hätten wir keinerlei Aufklärung darüber gehabt, ob sie etwa einen Angriff gegen uns planten.

Wenn sie also jene Kampfflugzeuge beschießen, dann, so habe ich Anweisung erteilt, werden wir die Sam-Raketenstellungen - oder was immer es war, das auf unsere Flugzeuge geschossen hat - herausgreifen. Wir werden das auch weiterhin tun, und wenn sie (die Kommunisten) behaupten, es gäbe keine grundlegende Verständigung in dieser Richtung, dann gibt es auch für uns keinerlei Einschränkungen; das dürfen wir nicht vergessen. Nun, die andere grundlegende Verständigung ist eine, die von mir ausging. Es ist eine neue Verständigung, die parallel zu unserem Vietnamisierungsprogramm und zu unserem Abzugsprogramm läuft.... Der Präsident der Vereinigten Staaten trägt als Oberbefehlshaber die Verantwortung dafür, daß sich diese (in Vietnam verbleibenden amerikanischen) Soldaten nicht einem überwältigenden Angriff aus dem Norden ausgesetzt sehen. Darum müssen wir die Aufklärung fortsetzen und darum werde ich auch als Oberbefehlshaber Bombenangriffe gegen Schlüsselgebiete befehlen müssen, wenn der Gegner in einer Zeit, da wir deeskalieren, in einer Zeit, da wir uns zurückziehen, seine Infiltration zu verstärken beginnt - Truppen und Nachschub über den Mu-Gia-Pass und über andere Pässe zu bewegen beginnt.

Das war einer der Gründe für diesen Schlag, und wir werden es erneut tun, wenn unsere in Vietnam verbleibenden Truppen weiterhin bedroht werden - aber nur gegen militärische Ziele, und nur, wenn es notwendig ist.

Ich habe das nicht erst vor einem Monat, sondern schon im November klargemacht. Sie werden sich an den 3. November erinnern, ich meine meine Rede vom 3. November, als ich die Nordvietnamesen warnte, daß ich zurückschlagen würde,

würde, wenn sie in einer Zeit, da wir unsere Truppen abziehen, ihre Infiltration verstärkten und unsere verbleibenden Truppen bedrohten.

Ich habe das bei acht verschiedenen Gelegenheiten im Fernsehen und im Rundfunk erklärt. Ich habe das auch in anderen Botschaften an sie (die Nordvietnamesen) gesagt, die bei ihnen sehr laut und sehr deutlich angekommen sind. Es kann also keine Frage bezüglich der grundlegenden Verständigung geben - und darum haben wir dies getan.

Pressekonferenz vom 4. März 1971

"Ich habe bei zehn verschiedenen Anlässen erklärt....., daß wir in zweifacher Hinsicht unsere Luftmacht gegen den Norden einsetzen würden. Erstens, daß wir jene Raketenstellungen angreifen würden, von denen her unsere Flugzeuge beschossen werden; das ist geschehen, und wir werden dies fortsetzen. Zweitens, daß ich Angriffe auf die Nachschubwege, die Infiltrationswege und die militärischen Komplexe anordnen würde - wie das bereits in der Vergangenheit der Fall war - wenn nach meiner Feststellung eine verstärkte Infiltration aus Nordvietnam unsere in Südvietnam verbleibenden Truppen zu einer Zeit, da wir abziehen, gefährdet. Ich werde das auch in Zukunft tun, wenn ich feststelle, daß eine derartige Aktivität seitens Nordvietnams unsere verbleibenden Truppen in Südvietnam, insbesondere im Verlaufe unseres Abzuges, gefährden könnte. Die dritte Frage ist nun, ob die Vereinigten Staaten durch den Einsatz ihrer Luftmacht eine südvietnamesische Operation gegen Nordvietnam unterstützen könnten oder nicht. Und die Frage darauf ist, daß ein solcher Plan in dieser Regierung nicht erwogen wird."

Fernsehinterview

Fernsehinterview mit dem Columbia Broadcasting System (CBS) vom 2. Januar 1972

"Frage: ... Jeder denkt an die Wiederaufnahme der ausgebreiteten Bombardierung von Nordvietnam. Können Sie uns über das, was wir bereits von den Behörden in Saigon und aus den Erklärungen von Verteidigungsminister Laird wissen, hinaus etwas über den militärischen Nutzen dieser Aktion sagen?

Antwort: Was den militärischen Nutzen anbetrifft, so lassen Sie mich zunächst erklären, warum wir es getan haben. Sie waren im Pressesaal des Weißen Hauses wie immer anwesend, als ich die letzte Bekanntgabe über einen Truppenabzug machte, der die Zahl unserer Soldaten bis zum 1. Februar auf 139 000 Mann senken wird. Und ich habe damals erklärt, daß ich für den Fall, daß der Gegner seine Infiltration verstärken oder andere Tätigkeiten beginnen würde, die nach meiner Auffassung unsere verbleibenden und geringer werdenden Streitkräfte gefährden würden, Maßnahmen treffen würde, um mit dieser Situation fertig zu werden.

Die meisten von Ihnen haben darüber berichtet, und die meisten Korrespondenten haben darüber geschrieben. Ich habe genau das gemeint, was ich gesagt habe. Der Gegner hat seine Infiltration verstärkt. Er hat die Absprache von 1968 verletzt, als man sich über die Einstellung der Bombardierung einigte, und auf unsere unbewaffneten Aufklärungsflugzeuge geschossen. Der Gegner hat am 19. Dezember Saigon beschossen.

Unter diesen Umständen hatte ich keine andere Wahl, als in diesem Falle ausgewählte militärische Ziele und Nachschubbasen zu bombardieren. Dies waren die einzigen Gebiete, die getroffen wurden."

+++++

15/1972

DER AMERIKANISCHE DOLLAR 1972

Von Dorothy Crook

WASHINGTON --(AD)-- Die Unterzeichnung des Dollargesetzes durch Präsident Nixon, durch das der Goldpreis von 35 auf 38 Dollar pro Unze Feingold heraufgesetzt wird, hat in der amerikanischen Öffentlichkeit wie auch in der Presse kaum Beachtung gefunden.

Eine Änderung der offiziellen Dollarparität wirkt sich auf die Binnenwirtschaft praktisch nur wenig, wenn überhaupt, aus, denn Außenhandel und sonstige Auslands-Transaktionen machen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Bruttosozialproduktes aus. Auch ist es den Amerikanern seit 1934 durch Gesetz verboten, Goldmünzen oder Goldbarren zu besitzen. Der Wert des US-Dollar - wie auch jeder anderen Währung - liegt in seiner Kaufkraft. So interessiert sich denn der Amerikaner mehr für das Auf und Ab der Preise auf dem Binnenmarkt und weit weniger für Änderungen der Devisenkurse.

Da jedoch der Dollar seit vielen Jahren die Basis für die Bewertung der meisten ausländischen Währungen bildet, ist das Interesse an dem neuen offiziellen Goldpreis im Ausland weit größer. Der Außenhandel der USA macht zwar nur einen kleinen Teil des US-Bruttosozialproduktes aus, doch ist sein Anteil am Welthandel - etwa ein Sechstel - weitaus größer.

Charakteristisch

Charakteristisch für den US-Dollar heute ist, daß sein Goldwert zwar offiziell festgelegt, daß er jedoch nicht frei in Gold konvertierbar ist. Damit ist der US-Dollar in dieser Hinsicht praktisch den meisten anderen Währungen gleichgestellt. Von maßgebender amerikanischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß eine Konvertierbarkeit des US-Dollar in Gold von dem Ergebnis der Verhandlungen über ein neues internationales Währungssystem abhängig sei, das für alle beteiligten Länder zufriedenstellend sein müsse.

Bei der Unterzeichnung des neuen Dollargesetzes hat Präsident Nixon betont, er rechne mit dem Beginn solcher umfassenden Verhandlungen noch in diesem Jahr, bei denen nicht nur Handelsfragen, sondern auch die Konvertierbarkeit der Währungen erörtert werden sollten. "Die Dollaranpassung", so erklärte der Präsident, "bildet einen grundlegenden Ausgangspunkt bei den Bemühungen um eine neue Stabilität der Weltwirtschaft."

Auf der jüngsten Tagung der Finanzminister der Zehnergruppe bestand allgemeine Übereinstimmung, daß der amerikanische Dollar - wie auch die Volkswirtschaften der westlichen Länder ganz allgemein - seit der Neufestsetzung der Wechselkurse am 18. Dezember "echte Fortschritte" zu verzeichnen hatten. Dabei wurde auch hervorgehoben, daß die Spekulation gegen den Dollar auf den internationalen Devisenmärkten so gut wie aufgehört habe. Als weiteres positives Zeichen wurde die Zinsentwicklung in Europa und in den Vereinigten Staaten, die zu einer Annäherung der Zinssätze geführt habe, sowie die Entschlossenheit der Notenbanken aller Länder gewertet, die im Dezember getroffene Übereinkunft zu unterstützen. Und es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die amerikanische Wirtschaft 1972 mit einem Wachstum von fünf bis sechs Prozent, bei einer wesentlich größeren Stabilität von Kosten und Preisen, rechnen könne.

Der Dollar und die weitere Entwicklung des Dollarkurses dürften auch ein Gesprächsthema auf der jetzt in Santiago beginnenden Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen sein, wobei den Interessen der einzelnen Entwicklungsländer im besonderen Rechnung getragen werden dürfte. Wie bei allen Währungs- und Handelsproblemen geht es hier um wirtschaftliche Fragen, die für diese Länder von grundlegender Bedeutung sind.

Zweifellos

Zweifellos wird es eine gewisse Zeit - vielleicht bis 1974 - dauern, um die voneinander abweichenden nationalen Interessen anzugleichen, so daß alle zufriedengestellt sind. Die gegenwärtigen Vereinbarungen sind jedoch lebensfähig und führen zu wirtschaftlichen Verbesserungen. Auch die Aussichten sind günstig, daß die jetzt entwickelte Form der internationalen Gespräche, Verhandlungen und Zusammenarbeit zu weiteren positiven Vereinbarungen führen wird. Das Ziel ist, wie Präsident Nixon es bezeichnet hat, nicht Flickwerk, sondern ein neues Währungssystem, das sich auf lange Zeit hinaus bewähren wird.

+++++

15/1972

ERWEITERUNG DES GEMEINSAMEN MARKTES ERSCHWERT US-GETREIDE- EXPORTE

Von Sam W. Morris

WASHINGTON --(AD)-- Die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1973, der dann mit zehn Mitgliedsstaaten der größte regionale Handelsblock der Welt ist, dürfte erhebliche nachteilige Auswirkungen für die amerikanischen Agrarexporte, vor allem bei Weizen und Futtergetreide, nach Europa haben.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) betreibt eine gemeinsame Agrarpolitik, die erstmals 1962 Anwendung fand und die auf einem protektionistischen System variabler Abschöpfungen sowie einer Stützung hoher Binnenpreise basiert. Die Abschöpfungen schwanken von Tag zu Tag und sollen verhindern, daß billigere Getreideimporte das Niveau der Binnenpreise stören. Die Preisstützung der EWG beträgt zum Beispiel bei Weizen etwa drei Dollar pro Bushel.

Da die Europäische Gemeinschaft keine offizielle Anbaukontrollen hat und den Bauern hohe Preise garantiert, suchen diese natürlich durch Anbauerweiterung ihr Einkommen zu steigern. Diese Anbauausweitung und das Bestehen der

der Gemeinschaft auf einem Abschöpfungsbetrag von 60 Dollar pro Tonne amerikanischen Weizens trifft den amerikanischen Export hart.

Seit 1957 unterlagen die amerikanischen Weizenverkäufe an die Europäische Gemeinschaft starken Schwankungen. 1957 waren es noch 188 Millionen Dollar, 1965 nur 35 Millionen Dollar. Im darauffolgenden Jahr war ein Anstieg auf 102 Millionen Dollar zu verzeichnen, doch dieser Betrag ging dann ständig wieder zurück, bis er 1970 bei 47 Millionen Dollar lag. 1971 konnten die USA aufgrund der schlechten siebziger Weizenernte in den EWG-Ländern wieder für 82 Millionen Dollar Weizen dorthin ausführen.

Der Anbau von Weizen und Futtergetreide hat in der EWG so stark zugenommen, daß die Exportabhängigkeit dieser Länder immer mehr zurückgegangen ist. Im Gegenteil hat der durch hohe Preise stimulierte Anbau bei Weizen zum Beispiel zu beträchtlichen Überschüssen geführt, die nunmehr exportiert werden müssen.

Damit die Getreideexporte der EWG auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sind, wurde der Export dieser Überschüsse stark subventioniert. Ohne solche Subventionen würden sich die Getreideüberschüsse der EWG auf den Auslandsmärkten nicht absetzen lassen, da der Binnenpreis der EWG bei Weizen weit über dem Weltmarktpreis liegt. Die Mittel für die Exportsubventionierung werden weitgehend durch die variablen Abschöpfungen aufgebracht. Einer direkten Exportsubventionierung der EWG bei Weizen von 1,65 Dollar pro Bushel steht eine solche der USA von lediglich 13 cent pro Bushel gegenüber. Und bei Futtergetreide gibt es überhaupt keine amerikanischen Exportsubventionierungen.

Die Vereinigten Staaten sind natürlich über die Ausweitung des Getreideanbaus in der EWG beunruhigt. Und wenn die EWG auf zehn Länder erweitert ist, die Handelspräferenzen auf sieben weitere europäische Länder ausgedehnt werden und die gemeinsame EWG-Agrarpolitik trotz aller Einwände unverändert bleibt, dann befürchtet man in Washington, daß der Gemeinsame Markt bis 1980 bei allen Getreidearten nahezu autark sein wird. Dies würde für die Vereinigten Staaten den Verlust eines ihrer wichtigsten Exportmärkte bedeuten.

Vor

Vor einigen Wochen hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft den Importzoll für amerikanischen Mais um 11 Prozent erhöht, was von dem amerikanischen Landwirtschaftsminister Earl L. Butz scharf kritisiert worden ist. Rund 40 Prozent der amerikanischen Maisexporte gehen in die EWG-Länder. Butz hatte diesen Schritt der EWG als eine schwere Enttäuschung und einen Rückschlag für den Welt-handel bezeichnet und betont, daß diese 11 prozentige Zollerhöhung noch zu der Mehrbelastung für amerikanischen Mais von 20 bis 30 Prozent aufgrund der Neufestsetzung der Wechselkurse hinzukomme.

Eine kürzliche amerikanische Studie deutete an, daß der Bedarf der EWG an Importgetreide bis zum Jahre 1980 - gegenüber 1970/71 - um fast 20 Millionen Tonnen zurückgehen wird. Die zu erwartenden großen Überschüsse der EWG bei einzelnen Getreidearten, so heißt es in der Studie, seien eine ernste Herausforderung für die traditionellen Exportländer wie die USA, Kanada, Argentinien und Australien und würden zu einem zusätzlichen Druck auf die Weltmärkte und einem hieraus resultierenden Preisverfall führen.

Die Rekordweizenernte des Jahres 1971 hatte die EWG bereits gezwungen, die Überschüsse durch zusätzliche Exporte abzubauen. Die Vereinigten Staaten, aber auch Kanada, Argentinien und Australien, hatten sich nachdrücklich gegen dieses ungewöhnlich starke "Dumping" verwahrt. In den jüngsten Handelsgesprächen konnten dann die amerikanischen Vertreter die EWG dazu bewegen, freiwillig einen größeren Teil ihrer Überschüsse einzulagern, statt sie zu Dumpingpreisen auf die Weltmärkte zu werfen.

Aber nicht nur die Nachfrage nach amerikanischem Weizen hat in Europa nachgelassen, sondern auch bei Futtergetreide hat die EWG ihre Selbstversorgung von rund 80 Prozent im Jahre 1956 auf 85 Prozent im Jahre 1970 steigern können, obwohl der Futtergetreidebedarf der EWG-Länder in dieser Zeit um rund 58 Prozent zugenommen hat. Ja, seit 1966, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten der gemeinsamen EWG-Agrarpolitik konnten die Vereinigten Staaten aus dem ständig steigenden Futtergetreidebedarf der EWG-Länder aufgrund des Protektionismus

Protektionismus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft keinen Nutzen mehr ziehen.

Während infolge der ständig steigenden Einkommen auf der Welt und der hieraus resultierenden qualitativen Verbesserung der Ernährung der weltweite Bedarf an Futtergetreide laufend zunimmt, dürften die hohen Binnenpreise der erweiterten EWG und die ausbleibende Umstrukturierung der Landwirtschaft dieser Länder das künftige Wachstum ihrer Futtermittelimporte einschränken. Allerdings könnte der wachsende Futtermittelbedarf in Japan und in Asien diesen Ausfall für den amerikanischen Export zum Teil wieder wettmachen. Auch rechnen die Vereinigten Staaten damit, künftig mehr Futtergetreide nach der Sowjetunion, nach Osteuropa und vielleicht auch nach der Volksrepublik China exportieren zu können.

Da die Bauern in den EWG-Ländern für ihr Getreide infolge der Subventionen einen höheren Preis als auf dem Weltmarkt erzielen und aufgrund der variablen Abschöpfungen gegen den Importwettbewerb abgeschirmt sind, ist es für die USA schwer, in Europa ins Geschäft zu kommen. Der Sonderbeauftragte Präsident Nixons für Zoll- und Handelsfragen, Botschafter William D. Eberle, hat erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten von der EWG eine Reorganisation ihrer Agrarpolitik wünschten, damit die vollen Kosten von den Bauern dieser Länder selbst getragen werden und nicht noch die Bauern anderer Länder die Kosten und Schwierigkeiten der Anpassungen mit übernehmen müssen. Wörtlich sagte Eberle: "Wenn Länder unrationell erzeugte Überschüsse aufweisen, dann sollte es eine multilaterale Zusammenarbeit hinsichtlich der Einlagerung und der Verwendung geben. Ist jedoch die EWG der Ansicht, sie müsse aus politischen Gründen bestimmte Methoden zur Stützung des Agrareinkommens verfolgen, dann sollte sie auch Schritte unternehmen, um sicherzustellen, daß die Auswirkungen auf andere Länder neutralisiert werden."

In der letzten Verhandlungsrunde mit der EWG haben die Vereinigten Staaten versucht, diese zu einer Senkung ihrer grundlegenden Preisstützung und zu einer stärkeren Zurückhaltung bei der Preissubventionierung zu bewegen. Die Vereinigten

Vereinigten Staaten würden anstelle der Preisstützung direkte Zuwendungen an die Bauern lieber sehen. In diesem Zusammenhang wird amerikanischerseits darauf verwiesen, daß die Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren eine ähnliche Preisstützung für die Landwirtschaft hatten, wie es sie jetzt in der EWG gibt, daß die USA diese jedoch dann zugunsten direkter Zuwendungen an ihre Farmer aufgegeben haben. Auf diese Weise würden die amerikanischen Farmer heute veranlaßt, ihren Anbau besser der tatsächlichen Nachfrage anzupassen.

Während die von der EWG angewandte Preisstützung zu einer Stimulierung des Anbaus führe, benutzten die Vereinigten Staaten diese direkten Zuwendungen dazu, die Farmer zu einer Einschränkung des Anbaus zu bewegen; hier liege, so wird betont, der entscheidende Unterschied.

Die Handhabung der Zoll- und der nicht zollursächlichen Handelsschranken durch die EWG behindere, so wird von amerikanischen Experten betont, den US-Handel und verhindere den Zugang amerikanischer Agrarexporte zum Europäischen Markt zu solchen Bedingungen, wie sie den europäischen Exporten nach den USA eingeräumt werden. Die USA gestatteten fast allen ausländischen Agrarimporten einen völlig unbehinderten Zugang zum amerikanischen Markt. Allerdings sei die EWG nicht die einzige regionale Handelsorganisation, die protektionistische Maßnahmen aufweise und eine Handelsliberalisierung behindere, so wird weiter erklärt. Der Welthandel werde vielmehr heute in einer Atmosphäre abgewickelt, in der durch Subventionen die Binnenpreise hoch und die Verbraucherpreise niedrig gehalten, während die Importe durch Restriktionen eingeschränkt und Anreize für die Ausweitung des Exports gewährt würden. Das Ergebnis seien im Gegensatz zueinander stehende nationale Preis- und Handelsstrukturen, von denen viele im Hinblick auf die Weltmarktpreise für Getreide völlig unrealistisch seien.

+++++

15/1972

APOLLO-NACHRICHTEN

--(AD)-- Kurz vor Antritt des Rückflugs zur Erde am 25. April wird die Besatzung von APOLLO 16 einen kleinen Forschungssatelliten freisetzen. Er ist genau so gebaut und ausgerüstet wie der Kunsttrabant des Mondes, den die APOLLO 15-Besatzung am 4. August 1971 im Mondorbit zurückließ. Etwa sechs Monate lang übermittelte er Meßdaten über Magnetfeld, Schwerefeld sowie die Dichte von Elektronen und Protonen.

Der 36 kg schwere neue "Subsatellit", wie ihn die Weltraumbehörde NASA bezeichnet, soll den Mond in Höhen zwischen 102 und 139 km umkreisen. Der größte Teil der Instrumente befindet sich in einem sechseckigen Behälter von 79 cm Länge und 36 cm Durchmesser, dessen Außenflächen mit Solarzellen besetzt sind. Sie liefern den Betriebsstrom und laden die Batterien immer wieder auf, so daß nicht nur im Sonnenlicht, sondern auch auf der Nachtseite des Mondes fortlaufend beobachtet werden kann.

Der Subsatellit rotiert in seiner Umlaufbahn mit 12 Umdrehungen pro Minute. Da das Magnetometer an einem eineinhalb Meter langen Ausleger angebracht ist, wurden zum Ausgleich dafür zwei weitere Ausleger von gleicher Länge eingebaut, um die Flugstabilität zu sichern. Die bei einem Umlauf gesammelten Meßdaten werden in regelmäßigen Abständen zur Erde gefunkt und im Jet Propulsion Laboratory von Pasadena (Kalifornien) ausgewertet.

+

-1-

Expeditionen

Expeditionen zum Mond in Zahlen

<u>APOLLO-Flug</u>	11	12	14	15	16
Jahr	1969	1969	1971	1971	1972 (geplant)
Datum	16.-24.7.	14.-24.11.	31.1.-9.2.	26.7.-7.8.	16.4.-28.4.
Flugdauer (Stund.:Min.)	195:18	244:36	216:02	295:12	290:36
Gewicht des Raumschiffs mit Mondfähre (in kg)	43 900	43 945	44 550	46 818	46 786
auf dem Mond abgesetzte Nutzlast (in kg)	104	166	209	550	558
Aufenthaltsdauer auf dem Mond (Stund.:Min.)	21:36	31:31	33:31	66:54	72:58
Aufenthalt außerhalb der Mondfähre (Stund.:Min.)	2:24	7:29	9:23	18:33	21:00
im Gelände zurückgelegte Strecken (in km)	0,25	2,0	3,3	27,9	25,7
zurückgebrachte Boden- und Gesteinsproben (in kg)	20,7	34,1	42,8	76,6	88,6
Mondumkreisungen insgesamt	30	45	34	74	75

+

Das Magnetfeld des Mondes ist für die Forschung noch immer ein Rätsel.

Vor der ersten Landung von Menschen auf dem Mond war angenommen worden, daß die in Mondnähe (vor allem durch EXPLORER 35) ermittelten Meßwerte in erster Linie auf interplanetare Magnetfelder zurückzuführen seien und der Mond - wenn überhaupt - nur ein äußerst schwaches Magnetfeld haben könne. Aber die ersten Messungen an Ort und Stelle, die Untersuchung der Bodenproben und die Signale von den Magnetometern, die am Landeplatz von APOLLO 12 und 15 von den Astronauten zurückgelassen wurden, zeigen deutlich, daß auch an der Oberfläche des Mondes zwar schwache, aber doch eindeutig feststellbare magnetische Feldstärken vorhanden sind.

Die Reaktionen des Mondmagnetfeldes mit dem Sonnenwind sind jedoch völlig andere als die Wechselwirkungen zwischen diesem Wind, d.h. dem von der Sonne ständig abströmendem Plasma, und dem Tausendmal stärkeren irdischen Magnetfeld. Dieses wird unter dem "Druck" des Sonnenwindes auf der Tagseite gestaucht (auf ca. 60 000 km zusammengepresst), auf der Nachtseite dagegen mehr als 700 000 km weit in den Raum hinaus verlängert. In der Randzone der "magnetischen Schale" der Erde kommt es zu Turbulenzen, dann folgt im Übergangsbereich zum Eigenmagnetfeld der Erde, zur sogenannten Magnetosphäre, eine magnetisch neutrale Zone. Auf dem Mond dagegen dringt der Sonnenwind auf der Tagseite bis zur Oberfläche vor - sofern sich der Mond auf seiner 28-Tage-Wanderung nicht gerade auf der Nachtseite der Erde innerhalb von deren Magnetosphäre befindet - und verstärkt vermutlich das Eigenmagnetfeld, so daß im "Windschatten" auf der Nachtseite niedrigere Werte gemessen werden. Diese entsprechen jedenfalls dem Eigenmagnetfeld des Mondes, das Rückschlüsse auf physikalische Eigenschaften des Mondinnern zuläßt.

Die magnetische Feldstärke ist jedoch örtlich verschieden. Am Landeplatz von APOLLO 12 beträgt sie 38 Gamma, während die APOLLO 14-Mannschaft mit einem tragbaren Magnetometer z.B. an einem Punkt 103 Gamma, 1 200 m entfernt davon jedoch nur 43 Gamma ermittelte (Erdmagnetfeld zum Vergleich: ca. 60 000 Gamma

Gamma an den Polen, 30 000 Gamma am Aequator). Die APOLLO 16-Astronauten Young und Duke werden wiederum ein stationäres Magnetometer installieren und bei Exkursionen ein ortsbewegliches Instrument mitführen, um örtliche Veränderungen der Feldstärke an der Oberfläche zu registrieren. Darüberhinaus nehmen sie eine Gesteinsprobe vom APOLLO 12-Landeort für die Dauer ihres Aufenthaltes mit auf den Mond und bringen sie wieder zur Erde zurück. Die vier Gramm schwere Probe, die in den letzten zwei Jahren gründlich untersucht wurde, besaß anfangs eine "weiche" und eine "harte" Magnetisierungskomponente. Die weiche Komponente wurde durch Behandlung im elektrischen Wechselfeld entfernt, die harte Komponente dagegen blieb erhalten. Ist die Probe nach der Rückkehr vom Mond wieder mit einer "weichen" Magnetisierungskomponente aufgeladen, so wird das als Anzeichen dafür gewertet, daß diese ursprünglich gar nicht vom Mond, sondern aus interplanetaren Magnetfeldern oder von der Erde stammte. Fehlt die weiche Komponente jedoch, so dürfte sie, als sie zum ersten Mal ermittelt wurde, tatsächlich lunaren Ursprungs gewesen sein.

+++++